

Vorlage Federführende Dienststelle: Wirtschaftsförderung / Europäische Angelegenheiten Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 02/0014/WP16 Status: öffentlich AZ: Datum: 28.04.2010 Verfasser: FB 02						
Ratsantrag der SPD Fraktion im Rat der Stadt Aachen: Büro 'Gewaltfreie Kommunikation' im 'Haus der Integration und Identität' vom 27.10.2009							
Beratungsfolge: TOP: __ <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Datum</td> <td style="width: 30%;">Gremium</td> <td style="width: 50%;">Kompetenz</td> </tr> <tr> <td>19.05.2010</td> <td>HA</td> <td>Kenntnisnahme</td> </tr> </table>		Datum	Gremium	Kompetenz	19.05.2010	HA	Kenntnisnahme
Datum	Gremium	Kompetenz					
19.05.2010	HA	Kenntnisnahme					

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung hinsichtlich des Ratsantrages der SPD-Fraktion zum Büro 'Gewaltfreie Kommunikation' im 'Haus der Integration und Identität' zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Maßnahme:

Investitionskosten

a. Im Haushalt?

nein

€

b. Maßnahme über 150 T€: Liegt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vor?

nein

c. Wenn bei **a.** nein: Deckung?

Maßnahme:

€

d. Zuschüsse

€

Folgekosten

Aufwand

Personalkosten

65.000 €

Sachkosten

15.000 €

Abschreibung

€

a. Im Haushalt?

nein

€

b. Wenn bei **a.** nein: Deckung?

Maßnahme:

€

c. Zuschüsse

€

Konsumtiv

a. Im Haushalt?

nein

€

b. Konsolidierung?

nein

€

c. Personalkosten

€

d. Sachkosten

€

e. Wenn bei a. nein: Deckung?

Maßnahme

_____ _€

f. Dauer

_____ Jahre

g. Zuschüsse

_____ _€

Ratsantrag der SPD Fraktion im Rat der Stadt Aachen: Büro 'Gewaltfreie Kommunikation' im 'Haus der Integration und Identität' vom 27.10.2009

Bei der Theorie nach Marshall B. Rosenberg soll die 'Gewaltfreie Kommunikation' (GfK) Menschen ermöglichen, so miteinander umzugehen, dass der Kommunikationsfluss zwischen ihnen verbessert wird. Sie versteht sich nicht als Technik, die andere Menschen zu einem bestimmten Handeln bewegen soll, sondern als Grundhaltung, bei der eine wertschätzende Beziehung im Vordergrund steht. Die GfK soll helfen sich ehrlich auszudrücken und empathisch zuzuhören. Sie ist auf Bedürfnisse und Gefühle gerichtet, die hinter Handlungen und Konflikten stehen.

In der GfK richtet sich die Aufmerksamkeit auf folgende Bestandteile bzw. Schritte:

- Beobachten statt bewerten oder interpretieren
- Gefühle wahrnehmen und benennen
- Bedürfnisse wahr- und ernst nehmen
- Auf der Grundlage der Bedürfnisse klare und erfüllbare Bitten äußern.

Häufig geäußerte Kritik an der GfK bezieht sich darauf, dass wertungsfreie Kommunikation nicht möglich sei. Wer wertungsfreie Kommunikation fordere, würde das Unterdrücken von Emotionen bestärken. Grundsätzlich wird in Frage gestellt, ob sich Konflikte tatsächlich auflösen, wenn die hinter den Konflikten liegenden Gefühle und Bedürfnisse bekannt sind. GfK setzt darüber hinaus voraus, dass sprachliche Fertigkeiten aller Beteiligten annähernd gleich ausgebildet sind. Sprache ist das Mittel zum Erreichen des Ziels.

Somit ist fraglich, ob die Methode der 'Gewaltfreien Kommunikation' nach Marshall B. Rosenberg für einen durch Migration geprägten Stadtteil der richtige Ansatz ist. Die Sprachbarrieren sind durch die Zusammensetzung aus vielen verschiedenen Völkergruppen eher schwierig zu überwinden.

Dies hat in anderen Projekten mit ähnlicher Zielsetzung, z.B. Schulprojekt Ich-Du-Wir-ohne Gewalt zu einer Konzeptionierung geführt, die im Wesentlichen auf Körpersprache, Gestik und Mimik abzielt. Hiermit sollen auf spielerische Weise Missverständnisse in der Kommunikation sowie Unterschiede in der Wertehaltung thematisiert und das Gegenüber besser wahrgenommen werden.

Im Rahmen der Methodik nach Rosenberg muss daher sichergestellt werden, dass bei allen Beteiligten eine nahezu gleiche Bildung im Bezug auf die Sprache gegeben ist, damit das Projekt erfolgreich sein kann.

Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit im Haus der Integration und Identität durch einen autorisierten Anbieter ein Büro für 'Gewaltfreie Kommunikation' einzurichten. Derzeit sind noch fünf Büroräume in der Größe von 23 bis 32 m² unvermietet. Ebenso besteht die Möglichkeit Besprechungs- oder Seminarräume im Haus der Integration und Identität zeitweise zu nutzen. Für die Büroräume ist eine Miete in Höhe von € 3,50 zzgl. Nebenkosten zu entrichten, für die Besprechungs- und Seminarräume eine Nutzungsgebühr entsprechend einer mit Inbetriebnahme des Gebäudes zu erstellenden Entgeltordnung.

Die zu erwartenden Kosten belaufen sich nach bereits vorliegenden Konzepten für Personalkosten im ersten Jahr auf ca. 65.000 €, Miet- und Sachkosten auf ca. 15.000 €.

Einnahmen sollen aus Seminaren, Schulungen, Aus- und Fortbildung usw. erzielt werden. Die avisierten Einnahmen werden jedoch die Ausgaben nicht decken, so dass eine Bezuschussung mit öffentlichen Geldern unvermeidlich sein wird. Ob und inwieweit sich ein solches Projekt langfristig selber finanzieren kann bleibt offen.

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation ist die Umsetzung eines solchen Projektes derzeit jedoch nicht realisierbar, zumal bisher keine entsprechenden Mittel im Haushalt eingeplant wurden.

Anlage/n:

Ratsantrag vom 27.10.2009